

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/153

13. August 1971

Ein grauer Tag für Strauß

Der 13. August als Agitationsobjekt der
CDU/CSU

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Grundrecht auf menschenwürdige Umwelt

Internationale Kooperation gegen kollektiven
Selbstmord

Von Karl-Heinz Hansen SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Wissenschaft und Bildung

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Ein Beitrag zur Demokratie-Diskussion

Zu den "Thesen" des Politischen Beirats
beim Katholiken-Zentralkomitee

Von Dr. Hermann Schnitt-Vockenhausen SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Politischen Beirats
des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
und Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 5 und 6 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 2, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 226 640/226 6477
530 648 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein grauer Tag für Strauß

Der 13. August als Agitationsobjekt der CDU/CSU

Dieser 13. August 1971 war ein grauer Freitag. Nicht nur die Mauer-Bauer in Ostberlin haben ihn mit Paraden, Fahnen, Transparenten und Sondermarken mißbraucht, um sich zynischer- und schamloserweise auf eine von ihnen mit "totaler Abgrenzung" und Schießbefehl angeblich produzierte Sicherheit zu berufen. Auch auf dieser Seite der BRD-DDR-Grenze hat dieser Tag zur Decouvrierung von Politikern geführt, die aus der staatspolitisch so verantwortungsvollen Aufgabe der Opposition allmählich eine Jahrmarktschreierbude zu machen drohen. Der Mann, der nicht nur Wirtschafts- und Finanzsprecher der CDU- und CSU-gemeinsamen Bundestagsfraktion ist, sondern sich im Blick auf die Kanzlerkandidatur immer mehr als Allround-Spitzenredner selbst der "Schwesterpartei" vordrängt, hat auch diesen schmerzlichen Tag zur Parteiagitation mit deutlich nationalistischer Färbung mißbraucht.

Franz Josef Strauß, der einer Parteien-Gruppe angehört, die in der Zeit ihrer Regierungstätigkeit in Bonn der Maxime des Deutschland- und berlinpolitischen Stillhaltens nachgab und seit dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition sich in diesem kardinalwichtigen Bereich nur in Kritik und Alternativlosigkeit erschöpft, marschiert in seinem rhetorischen Verlangen im Geschwindschritt auf eine Rundumlösung des Berlins-Problems zu. Was dieser Maximalforderung nicht entspricht und gleichkommt, ist ungenügend und falsch. Eine "technische" Regelung, die also etwa den Verkehr von und nach

Berlin erleichtern und freimachen würde, reicht dem jetzt so ungeduldigen CSU-Politiker nicht: Auch der Schießbefehl muß sofort verschwinden, weil alles sonst nichts als Augenauswischerei und ein Vorwand für die Ratifizierung der Ostverträge sei.

Wir dürfen es uns hier sicher ersparen, unsere Meinung über den Schießbefehl, über Mauer, Stacheldraht, Panzergraben und Minenfelder zu wiederholen. Wenn alle diese inhumanen Attribute einer anachronistischen Gewaltpolitik so rasch wie möglich verschwinden würden: Wir alle wären herzensfroh und zutiefst dankbar für das Ende einer Ära, an die später keiner mehr ohne Kummer und Scham zurückdenken oder sich erinnern lassen wird. Aber wir leben in einer Welt voll harter Realitäten und nicht in einem Wolkenkuckucksheim, und in dieser harten Welt müssen wir mühsam versuchen, Schritt um Schritt durch Teilregelungen einer späteren Gesamtlösung entgegenzugehen. Jede Teilregelung ist ein Schritt nach vorwärts, auch wenn sie nur "technisch" ist. Das ist auf dieser Seite der Mauer allen heute verantwortlichen Politikern klar: Den Deutschen und den Alliierten, die sich gemeinsam und unermüdlich in harten Verhandlungen mit den Sowjets anstrengen, um eine Berlin-Regelung zu erreichen, die der Stadt und ihren Menschen Ruhe, Sicherheit und Bewegungsfreiheit verschafft.

Der Sprecher der CSU und CDU, Franz Josef Strauß, aber kritisiert und mäkelte, ohne selbst auch nur einen brauchbaren Rat oder eine nützliche Tat für diese Berlin-Regelung beizutragen, die er als "Prüfstein" für die Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung bezeichnet. Und dabei merkt er gar nicht, daß er selbst geprüft wird. (ee/ex/13.8.1971/ks)

+ + +

Grundrecht auf menschenwürdige Umwelt

Internationale Kooperation gegen kollektiven Selbstmord

Von Karl-Heinz Hansen SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Wissenschaft und Bildung

In dem Bestseller "Das Selbstmordprogramm" von Gordon Taylor wird das "Raumschiff Erde" als ein geschlossenes Ökosystem allen Lebens dargestellt. Fortbestand oder Untergang der Menschheit hängen nach Ansicht des Autors davon ab, ob menschliche Intelligenz und Einsatz aller technischen Hilfsmittel imstande sein werden, den Fortbestand der Koexistenz von Mensch und Natur unter den rapide sich verschlechternden Umweltbedingungen zu sichern. Es geht nicht mehr nur um die Erhaltung oder Wiederherstellung einer menschenwürdigen Umwelt, sondern vielmehr um die globale Sicherung und Erhaltung der Bedingungen menschlicher Existenz überhaupt.

Keine nationale Regierung ist in der Lage, das Problem für sich allein zu lösen. Die Gefahr des kollektiven Selbstmords der Menschheit kann nur durch engste internationale Kooperation abgewendet werden. Diese Einsicht gewinnt Gestalt in Gründungen von Übernationalen staatlichen und wissenschaftlichen Gremien für Umweltfragen. So erarbeitet z.B. zur Zeit ein Umwelt-Komitee der internationalen wissenschaftlichen Unionen (SCOPE) an Empfehlungen für die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, die 1972 in Stockholm stattfinden wird. Die Empfehlungen sehen u.a. ein weltweites Umwelt-Überwachungssystem vor.

Diese begrüßenswerte Entwicklung enthebt jedoch keinen Einzelstaat der Pflicht, überfällige und im wahrsten Sinne des Wortes notwendige planerische und gesetzgeberische Maßnahmen des Umweltschutzes beschleunigt und entschlossen voranzutreiben. Die Bundesregierung hat mehrfach, so in der Regierungserklärung, durch das Sofortprogramm für den Umweltschutz und in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Opposition ihren klaren Willen bekundet,

alles zu tun, um die drängenden Umweltprobleme zu lösen. Das noch ungeschriebene Grundrecht auf menschenwürdige Umwelt verlangt, daß zukünftig Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Grundlage jeder Politik werden. Es kann keine gesetzgeberischen Maßnahmen mehr in "ökologischen Nischen" geben, denn überall, von der Wohnung über den Arbeitsplatz bis hin zur Raumordnung, ist das Verhältnis Mensch-Umwelt unmittelbar oder mittelbar betroffen.

Voraussetzung für eine systematische und wirksame Lösung der Umweltprobleme in einer entwickelten Industriegesellschaft ist, neben einem engen Zusammenwirken der Legislative und Exekutive in Bund, Ländern und Gemeinden, die Schaffung einer umfassenden Rahmenkompetenz des Bundes. Über die Koordinierung der Arbeit der Einzelressorts im Kabinettsausschuß für Umweltfragen hinaus, müssen alle Ministerien zudem verpflichtet werden, bei allen Rechtsvorschriften des Bundes ihre Auswirkungen auf Umweltschutz und Umweltgestaltung zu berücksichtigen sowie bestehende Rechtsvorschriften auf ihre Umwelrelevanz zu überprüfen.

Bei der Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt - im Wettbewerb mit dem vorgegebenen wirtschaftlichen Zwang zur Steigerung der Produktivität -, ist die Lösung des Umweltproblems eine politische Machtfrage, die der Gesetzgeber jeweils alternativ zu entscheiden hat. Deshalb muß das Parlament bei allen zukünftigen Gesetzentwürfen in gleicher Weise die Umwelrelevanz prüfen. Über die allgemeine Aufmerksamkeitslenkung hinaus könnte ein gewisser institutioneller Zwang zu ökopolitischem Denken auf die Abgeordneten in den Arbeitskreisen und Ausschüssen kann ausgeübt werden, wenn auf den Vorblättern der Drucksachen des Deutschen Bundestages ein Stichwort "Umweltauswirkungen" eingefügt würde.

(-/ex/13.8.1971/ks)

+ + +

Ein Beitrag zur Demokratie-Diskussion

Zu den "Thesen" des Politischen Beirats
beim Katholiken-Zentralkomitee

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Politischen Beirats des Zentralkomitees
der deutschen Katholiken und Vizepräsident
des Deutschen Bundestages

Daß mit dem Begriff "Demokratie" Mißbrauch getrieben werden kann, ja daß er oft genug in sein Gegenteil verkehrt wird, ist keine neue Erfahrung. Schließlich gehört es seit langem zum politischen Ritual totalitärer und diktatorischer Regime, sich als Sachwalter des "wahren" Volkswillens und damit als die "eigentlichen" Demokraten auszugeben und sich dies dann möglichst auch noch durch das Spektakulum geleiteter Wahlen mit nahezu hundertprozentiger Erfolgsziffer bestätigen zu lassen.

Nun sind solche groben Verfälschungen des Demokratie-Begriffs allzu offensichtlich, um noch Gegenstand ernsthafter Diskussionen zu sein. Wenn dennoch eine Begriffserklärung notwendig erscheint, so hat dies seinen Grund in bestimmten Tendenzen, die in der Konsequenz zu einer Auflösung der demokratischen Ordnung führen und damit radikalen Kräften jeglicher Provenienz Vorschub leisten können.

In seinen kürzlich veröffentlichten "Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie" unternimmt der Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken den Versuch, auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit extremistischen Bestrebungen in der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre zu einer solchen Begriffsklärung zu kommen. Dabei geht es dem Beirat nicht etwa um die Formulierung einer Ideologie oder Gegenideologie, sondern um eine Verdeutlichung gemeinsamer Prinzipien und Wertvorstellungen, auf denen unsere demokratische Ordnung beruht, und zwar in der Absicht, einer einseitigen Bindung des Denkens und Verhaltens an ideologische Schablonen und der hieraus resultierenden Gefahr einer zunehmenden Polarisierung des politischen Lebens entgegenzuwirken.

Die "Thesen" richten sich, wie Prof. Dr. Eugen Kogon in einer Rundfunkdiskussion treffend sagte, gegen "demokratische Heilsapostel auf der extremen Linken, die meinen, man könne, wenn man die Institutionen - insbesondere die kapitalistischen - abschafft, wie sie heute bestehen, sozusagen auf der grünen

Wiese den guten Menschen herumhüpfen sehen, vielleicht sogar unbekleidet, aber in voller Güte". Sie richten sich auch gegen die für den Radikalismus von "rechts" wie von "links" gleichermaßen charakteristische einseitige Verabsolutierung bestimmter Verfassungsprinzipien und gegen jede pseudoreligiöse Verfälschung des Demokratiebegriffs. Insofern befinden sich die "Thesen" in Übereinstimmung mit der Aussage des Godesberger Programms der SPD, daß der demokratische Sozialismus "keine letzten Wahrheiten verkünden" will und "kein Religionsersatz" ist.

Der Politische Beirat hat in seinen "Thesen" bewußt vermieden, für oder gegen bestimmte politische Programme bzw. Zielsetzungen zu plädieren oder eigen programmatische Vorstellungen zu entwickeln. Er beschränkt sich vielmehr darauf darzulegen, welche Grundsätze beachtet und welche Normen respektiert werden müssen, wenn der Versuch einer Verwirklichung politischer Vorstellungen nicht in Irrwege führen soll, die den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung gefährden. Daß diese Ordnung nicht als ein starres, unveränderliches System zu begreifen, sondern "der dauernden Reform bedürftig" ist, wird ausdrücklich hervorgehoben. Ebenso betonen die "Thesen" die Berechtigung der Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaft, sofern darunter "Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitverantwortung nicht nur in der Politik, sondern überhaupt in allen Bereichen des sozialen Lebens von der Schule über den Arbeitsplatz bis zur Kirche" verstanden wird. Nur sei darauf hinzuweisen, daß eine pauschale und undifferenzierte Anwendung des Begriffs Demokratisierung hier leicht mißdeutet und in die gefährliche Forderung nach einer Politisierung der gesamten Gesellschaft umgemünzt werden könnte.

Wer diese und andere Ausführungen unvoreingenommen liest, wird gewiß nicht unterstellen können, daß die "Thesen" einen einseitigen parteipolitischen Standpunkt vertreten oder gar von reaktionärem Geist erfüllt sind, wie dies in manchen vorschnellen Kommentaren geschehen ist. Man kann über Formulierungen streiten, Ergänzungswünsche anmelden oder es als Nachteil betrachten, daß das Bemühen um Objektivität in manchen Punkten vielleicht zu einer allzu weitgehenden Abstraktion geführt hat. Es wäre jedoch verfehlt, das Papier nach den fragwürdigen Maßstäben der polemischen Wertungen "progressiv" oder "reaktionär" beurteilen zu wollen. Vielmehr sollte man die "Thesen" als das begreifen, was sie sein wollen: Ein ernsthafter Beitrag zu der immer erneut notwendigen Diskussion über die Probleme der Demokratie und die Bedingungen ihrer Sicherung und Fortentwicklung.

Wie Prof. Dr. Rauscher, einer der Mitverfasser der "Thesen", in einem Fernsehinterview sagte, geht es jetzt darum, "zu argumentieren und nicht zu lamentieren". (-/ex/13.8.1971/ks)